

Vatikan: Papst befürwortet eingetragene Partnerschaften

Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat sich erstmals öffentlich für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft geäußert.

Papst Franziskus hat sich am Mittwoch zum ersten Mal öffentlich für die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ausgesprochen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur AP. Er habe sich befürwortend im Dok-Film «Francesco» geäußert.

«Homosexuelle Menschen haben das Recht, in einer Familie zu leben. Sie sind Kinder Gottes», sagte Franziskus in einem Interview. «Man soll weder jemanden aus einer Familie werfen, noch ihm dafür das Leben zur Hölle machen. Wir brauchen dafür ein Partnerschaftsgesetz, auf diese Weise sind sie rechtlich abgesichert.»



Papst Franziskus befürwortete bereits als Erzbischof von Buenos Aires die Einführung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Heute wiederholte er seine Position erstmals auch als Papst. Zur Ehe äusserte er sich heute nicht.

Papst: Homosexuelle sollen nicht diskriminiert werden

Er betonte stets, dass Homosexuelle wegen ihrer sexuellen Orientierung nicht diskriminiert werden dürften. Er gab der Familie dabei grosse Bedeutung. Doch nach katholischer Lehre, so betonten viele Kirchenvertreter, ist die Ehe der Verbindung aus Mann und Frau vorbehalten.

Allerdings gab es auch schon vorher Stimmen im Vatikan, die Partnerschaften von Schwulen und Lesben nicht strikt ablehnten. Aber sie zogen eine klare Grenze zwischen der Ehe und einer zivilrechtlichen Anerkennung der Partnerschaft. Jetzt hat der Argentinier Franziskus mit seiner Aussage als Papst hier innerkirchlich eine starke Position bezogen.

Bislang hat sich die katholische Kirche stets gegen eine staatliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ausgesprochen. 2016 hatte sich die Kirche etwa noch kategorisch gegen die Einführung von "Unioni Civili" in Italien ausgesprochen. Auch die deutsche katholische Kirche stemmte sich seit Jahren gegen die staatliche Anerkennung Homosexueller: So hat sie Mitarbeiter*innen in Kindergärten oder Schulen immer wieder gefeuert, wenn sie sich verpartnert oder geheiratet haben.

Die Schweiz kennt seit 2007 die eingetragene Partnerschaft. Sie kann derzeit nur von gleichgeschlechtlichen Paaren beantragt werden. Im Parlament wird derzeit die Einführung einer «Ehe für alle» diskutiert.